LANDKREIS NIENBURG/WESER DER LANDRAT



AAS/02/2018

Abschrift!

Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für die allgemein bildenden Schulen

am Dienstag, dem 12.06.2018, 15:00 Uhr, IGS Nienburg/Weser, Berliner Ring 47, 31582 Nienburg

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 15:46 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau KTA Insa Höltke, 31618 Liebenau

Frau KTA Anja Altmann, 31582 Nienburg

Herr KTA Lucas Engelking, 31633 Leese

Herr KTA Tim Höper, 31637 Rodewald

Herr KTA Lothar Kopp, 31595 Steverberg

Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg

Herr KTA Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg

Herr KTA Lukas Schneider, 31609 Balge

Frau KTA Uta Sievers, 31600 Uchte

Frau KTA Annegret Trampe, 31603 Diepenau

Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg

Herr Ralf Kronenberg, 31618 Liebenau Vertretung für Herrn

Jörg Pfleger

als Protokollführer

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein

Frau KVOR Brigitte Immel

Frau KAR Sandra Schulz

Herr Mark Härtel

Herr Patrik Marschner

Presse

Herr Stüben, "Die Harke",

Die Vorsitzende <u>KTA Höltke</u> eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für allgemein bildende Schulen, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für die allgemein bildenden Schulen vom 06.03.2018

TOP 2: Schülerbeförderung;

Neuvergabe der Schülerbeförderung im Freistellungsverkehr

2018/141

TOP 3: Schülerbeförderung;

Neufestlegung der Einzugsbereichskarte Nr. 49 Grundschule Lan-

gendamm

2018/061

TOP 4: Abschlussbericht für das Haushaltsjahr 2017 für die allgemein bilden-

den Schulen, die Schülerbeförderung und das Bildungsbüro

2018/140

TOP 5: Mitteilungen/Anfragen

TOP 5.1: Mitteilungen/Anfragen

hier: Mitteilung zum Sachstand zur Errichtung des RZI

TOP 5.2: Mitteilungen/Anfragen

hier: Anfrage zur Zuständigkeit der Schuleingangsuntersuchung

TOP 5.3: Mitteilungen/Anfragen

hier: Mitteilung zur Aufhebung der OBS Heemsen und der FÖS KME

Heemsen

TOP 6: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende Protokollführer Der Landrat

In Vertretung

gez. Höltke gez. Härtel gez. Klein

Kreistagsabgeordneter Verwaltungsfachwirt Erster Kreisrat



12.06.2018

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für die allgemein bildenden Schulen vom 06.03.2018

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für allgemein bildende Schulen vom 06.03.2018 wird genehmigt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 2 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



2018/141

12.06.2018

Schülerbeförderung; Neuvergabe der Schülerbeförderung im Freistellungsverkehr

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Schülerbeförderung im Freistellungsverkehr wird zum Halbjahr des Schuljahres 2018/19 im Rahmen einer EU-Vergabe oberhalb der Schwellenwerte neu vergeben. Für die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen ist ein Beratungsinstitut hinzuzuziehen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltungen

Beratungsgang:

KAR Schulz fasst die Beschlussvorlage zusammen.

KTA Höper fragt, wie in der Vergangenheit mit Vergaben umgegangen wurde.

<u>KAR Schulz</u> entgegnet daraufhin, dass bei jeder Vergabe die gesetzlichen Regelungen der VOL eingehalten worden seien und entsprechend der Wertgrenzen freihändige Vergaben, beschränkte Ausschreibungen und auch öffentliche Ausschreibungen vorgenommen worden seien.

<u>KTA Werner</u> möchte wissen, wie mit Firmen umgegangen werde, mit denen man im ÖPNV schlechte Erfahrungen gemacht habe.

Erster Kreisrat Klein erläutert, dass der Freistellungsverkehr andere Leistungen beinhalte als der ÖPNV. Hier handele es sich um eine EU-weite Vergabe und der Zuschlag sei auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Das Beratungsunternehmen sei dabei gefordert, entsprechende Weichenstellungen im Leistungsverzeichnis zu beschreiben. Insbesondere sei hier wichtig, die Leistung in mehreren Losen zu vergeben, damit auch die hiesigen, kleinen und mittleren Unternehmen ein Angebot abgeben könnten.

<u>KAR Schulz</u> ergänzt, dass die Auswahl an Taxiunternehmen begrenzt sei. Die Zusammenarbeit mit nahezu allen ortsansässigen Firmen verlaufe derzeit reibungslos.

KTA Kopp fragt, mit welchen Kosten für das Beratungsinstitut zu rechnen sei.

KAR Schulz entgegnet, dass mit ca. 15.000 € zu rechnen sei.

Öffentliche Sitzung des Ausschusses **für die allgemein bildenden Schulen** am 12.06.2018



Protokoll zu TOP 3

2018/061

12.06.2018

Schülerbeförderung; Neufestlegung der Einzugsbereichskarte Nr. 49 Grundschule Langendamm

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die wegen der Erweiterung des Einzugsgebietes neu festgelegte Einzugsbereichskarte Nr. 49 -Grundschule Langendamm- wird beschlossen. Die Karte gilt vom Beginn des Schuljahres 2018/2019 an.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

<u>KAR Schulz</u> erläutert die Beschlussvorlage. Sie führt aus, dass im Sachverhalt "aus Teilen der Alpheide" nicht richtig sei. Es müsse richtig "aus Teilen Schäferhof und Kattriede" heißen.

Die Nachfrage von <u>KTA Kopp</u>, ob die Kinder aus Kattriede und Schäferhof einen Anspruch auf ein kostenloses Schülerbeförderungsticket haben, bejaht <u>KAR Schulz</u>.



2018/140

12.06.2018

Abschlussbericht für das Haushaltsjahr 2017 für die allgemein bildenden Schulen, die Schülerbeförderung und das Bildungsbüro

Beschluss:	
Das Gremium nimmt Kenntnis.	
Beratungsergebnis: Einstimmig	

Beratungsgang:

Verwaltungsfachwirt Härtel fasst die Beschlussvorlage zusammen.

KTA Höper fragt, wieso die Stadt Nienburg, das Budget nicht abgerufen habe.

<u>KAR Schulz</u> entgegnet, dass die Stadt Nienburg Maßnahmen angemeldet habe, aber nicht durchgeführt. Dies sei die bildungspolitische Entscheidung der Stadt und könne daher hier nicht beantwortet werden.

KTA Kopp fragt, ob die Mittel übertragen wurden.

<u>Verwaltungsfachwirt Härtel</u> entgegnet, dass im Jahr 2017 Maßnahmen von 2016 abgerechnet wurden. Die Stadt habe 2016 Abschläge bekommen. Die entsprechende Spitzabrechnung im Jahr 2017 habe ergeben, dass die Stadt dem Landkreis Investitionszuwendungen in 6-stelliger Höhe auf Grund der nicht durchgeführten Maßnahmen zurückzahlen musste. Eine Übertragung von Mitteln erfolge daher nicht.

Öffentliche Sitzung des Ausschusses **für die allgemein bildenden Schulen** am 12.06.2018



Protokoll zu TOP 5

12.06.2018

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig



12.06.2018

Mitteilungen/Anfragen		
hier: Mitteilung zum Sachstand zur Errichtung	des	RZI

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVOR Immel teilt den Sachstand zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum inklusive Schule (RZI) mit. Die letzte Sitzung der Planungsgruppe sei am 15.05.2018 abgeschlossen worden. Dazu liege ein Abschlussbericht vor, aus diesem sie kurz zusammenfasst:

Teil I: Bestandsaufnahme

Die Bestandsaufnahme erfolgte zu den Schülerzahlen an den Regelschulen und Förderschulen, zu den regionalen, inklusiven Strukturen vor 2013 und seit 2013 (Einführung der inklusiven Schulen) und der Mobilen Dienste. Sie habe aufgezeigt, dass der Stand der inklusiven Strukturen je nach Förderschulzentrum unterschiedlich sei.

Teile II bis IV:

Die Prozesse sollen im Bereich der sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfe und der Verteilung der Personalressourcen betrachtet werden und eine Grundlage für eine zielgerichtete Unterstützung und Begleitung durch Landesschulbehörde und der Kultusministerium bilden, unter anderem auch für die Erarbeitung von Verordnungen und Erlassen in diesem Bereich.

Teil II: Entscheidung über den individuellen Bedarf einer Schülerin oder eines Schülers an sonderpädagogischer Unterstützung

Betrachtet wurde die Einbeziehung des RZI und dessen Rolle, Funktionen des RZI bei der Erstellung der Fördergutachten sowie Vorschläge zur Optimierung des Verfahrens.

Teil III: Verteilung der flexiblen Personalressourcen

Diskutiert wurde unter anderem nach welchen Kriterien sie verteilt werden sollen und ob es weiterführende Ideen gebe, inwieweit Schulen in sozialen Schwerpunkten besonders berücksichtigt werden sollten.

Teil IV: Entwicklung eines regionalen Inklusionskonzepts zur sonderpädagogischen Beratung und Unterstützung sowie Vernetzung mit anderen Einrichtungen

Hier sei erarbeitet worden, welche Akteure für eine Kooperation in Frage kommen, welche bereits bestehenden Strukturen Grundlage bzw. Teil eines Inklusionskonzepts sein können, welche weiteren Schritte notwendig seien, um Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke zu initiieren.

<u>KVOR Immel</u> teilt weiterhin mit, dass die Ausschreibung der Leitung des RZI veranlasst wurde. Erste Gespräche über die räumliche Unterbringung des RZI in der Friedrich-Fröbel-Schule seien geführt worden. Abschließend schlägt <u>KVOR Immel</u> vor, die Leitung des RZI zur nächsten oder übernächsten Sitzung einzuladen.

KTA Kopp fragt an, wie viele Personen im RZI beschäftigt werden sollen.

KVOR Immel entgegnet, dass es sich um eine Vollzeit- und eine Teilzeitstelle handle.

Die Nachfrage von <u>KTA Werner</u>, ob sich das RZI auch um die Berufsbildende Schule kümmere, bejaht <u>KVOR Immel</u>.

<u>KTA Werner</u> regt an, dass man bestehende Ressourcen nutzen solle. Die Räumlichkeiten des RZI könnten auch in den Förderschulen in Rehburg oder Hoya untergebracht werden. Man möge bedenken, dass die Polizeiakademie ab dem nächsten Schuljahr Räume in der Friedrich-Fröbel-Schule angemietet habe und dies ggf. Eltern, die sich beraten lassen wollen abschrecke.

<u>Erster Kreisrat Klein</u> entgegnet, dass die Nutzungen mit der Polizeiakademie bereits abgesprochen sei. Es solle hier bedacht werden, dass auf Grund der geringen Personalausstattung das RZI zentral im Landkreis untergebracht werden müsse, um Fahrstrecken möglichst kurz zu halten.



12.06.2018

Mitteilungen/Anfragen	
nier: Anfrage zur Zuständigkeit der Schuleingangsuntersuchung	J

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

<u>KTA Höper</u> fragt an, wer für Schuleingangsuntersuchungen an Grundschulen zuständig sei.

<u>KTA Höltke</u> entgegnet, dass prinzipiell die Schulleitungen in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und den Kindergärten zuständig seien. Das letzte Wort hätten aber die Schulleitungen.

KTA Höper fragt, wieso es keine einheitlichen Standards gäbe.

<u>Erster Kreisrat Klein</u> führt aus, dass dies in der Zuständigkeit der Landesschulbehörde liege.



12.06.2018

Mitteilungen/Anfragen	
hier: Mitteilung zur Aufhebung der OBS Heemsen und der FÖS KME	Heemsen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVOR Immel teilt mit, dass die Anträge zur Aufhebung der OBS Heemsen und der FÖS KME Heemsen gestellt wurden. Beide Aufhebungen wurden seitens der Landeschulbehörde genehmigt. Nach Rücksprache mit der Stadt Nienburg werde die Förderschule Sprache in das Gebäude der Grundschule nach Langendamm ziehen. Man stehe kurz vor der Unterschrift der Nutzungsvereinbarung, so KVOR Immel abschließend.



12.06.2018

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
Beschluss:
Das Gremium nimmt Kenntnis.
Beratungsergebnis:
Einstimmig
Beratungsgang:
ohne